



Vorlage Nr.

Tagesordnungspunkt 10

**der öffentlichen Sitzung des Ortsbeirates des Ortsbezirkes
Wiesbaden-Bierstadt am 11. Dezember 2025**

Entwicklung stadtweites Sammlungs- und Verwertungskonzept für Textilien und Altkleider

Beschlussvorschlag CDU-Fraktion:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten

- 1) ein neues, stadtweites Sammlungs- und Verwertungskonzept für Textilien und Altkleider zu entwickeln
- 2) bis zur Vorlage und Umsetzung eines fertigen Konzeptes in Bierstadt
 - a) alle Kleidercontainer aus dem öffentlichen Straßenraum durch die Betreiber entfernen zu lassen
 - b) Großcontainer für die Sammlung und spätere Vernichtung von nicht mehr brauchbarer Kleidung und Textilien auf dem Wertstoffhof, den Wertstoffhöfen und der Deponie durch ELW aufstellen zu lassen
 - c) Die Betreiber zu bitten mehr oder weitere Annahmestellen im Stadtgebiet für gut erhaltene Kleidung einzurichten und anstelle der bisherigen Kleidercontainer zu betreiben.

Begründung:

Das neue Gesetz, dass Kleidung und Textilien nicht mehr in die Restmülltonne entsorgt werden dürfen, hat dazu geführt, dass die Altkleidercontainer im gesamten Stadtgebiet konstant überlaufen und zu richtig großflächigen Müllhalden verkommen. Es werden stapelweise Säcke neben den Container aufgetürmt und dann zerfleddert und durchnässt, die Kleidung auf der Straße verteilt. Außerdem wird weiterer Sperrmüll daneben abgelegt. Das ist den Anliegern neben den Containern und auch den Betreibern der Kleidercontainer nicht mehr zuzumuten, denn die abgelegte Kleidung ist nicht mehr verwertbar und muss sowieso vernichtet werden. Die Betreiber schaffen es nicht mehr diese Mengen an Textilmüll einzusammeln, zu lagern, zu trennen, zu reinigen und zu entsorgen. Der Ortsbeirat Bierstadt möchte nicht, dass Bierstadt weiter vermüllt.

Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

1. gemeinsam mit den Betreibern der Altkleidercontainer bestehende Standorte zu überprüfen und dort, wo es regelmäßig zu illegalen Ablagerungen kommt, durch eine geschicktere Platzierung (z. B. in engen Nischen oder an Orten mit höherer sozialer Kontrolle) die Hemmschwelle für solche Ablagerungen zu erhöhen. In Bierstadt betrifft dies vor allem die Container der Nassauischen Heimstätte in der Leipziger Straße und in der Biegerstraße sowie die Container neben dem Wertstoffhof am Kloppenheimer Weg.
2. die Altkleidercontainer ggf. nicht außerhalb, sondern innerhalb des Geländes der Wertstoffhöfe aufstellen zu lassen und den Abholspeditionen ggf. auch außerhalb deren Öffnungszeiten Zugang zu verschaffen.
3. zur Findung geeigneterer Standorte auch auf Betreiber von Supermärkten mit großen Parkplätzen zuzugehen.
4. den Betreibern der Altkleidercontainer ein großes Infoschild für jeden Standort zur Verfügung zu stellen, auf dem mit möglichst wenig und einfach formuliertem Text und durch Bilder unterstützt die Regeln für das Entsorgen von Textilien erläutert werden:
 - defekte oder verschmutzte Textilien ausschließlich im eigenen Restmüll zu entsorgen
 - keine Textilien neben dem Container abzulegen, sondern bei Überfüllung einen der nächstgelegenen Container aufzusuchen, deren Standorte mittels QR-Code abrufbar sind.
 - überfüllte Container über die App „Sauberes Wiesbaden“ zu melden
 - durch die Einhaltung dieser Regeln zur Vermeidung übermäßig steigender Abfallgebühren beizutragen
 - Nennung der Höhe der Bußgelder für illegales Ablegen von Müll.
 - Hinweis auf die katastrophalen Folgen von „fast fashion“ (ggf. mit QR Code zum Abruf in verschiedenen Sprachen auf www.wiesbaden.de)
5. in der App „Sauberes Wiesbaden“ die Meldung überfüllter Container als eigenen Menüpunkt zu ergänzen und die Meldungen automatisch an die Betreiber der Container zu übermitteln.
6. das Abrufen der Standorte der Altkleidercontainer auf www.elw.de benutzerfreundlicher einzurichten und die Angaben stets zu aktualisieren.
7. sich in den Kommunalverbänden an der Entwicklung eines nachhaltigen Sammlungskonzepts für Haushaltstextilien und Altkleider zu beteiligen.
8. sich den Initiativen für ein Anti-Fast-Fashion-Gesetz anzuschließen bzw. diese zu unterstützen.

Begründung

Das Problem überquellender Altkleidercontainer hat aus Sicht der Grünen Fraktion im OBR Bierstadt zwei Seiten: Zum einen besteht bei vielen Menschen das Bedürfnis, ihre noch tragbaren Kleider zu spenden und Bedürftigen damit unter die Arme zu greifen. Caritative Einrichtungen wie die Teestube sind auf solche Spenden angewiesen. Dafür ist eine Sammlung im öffentlichen Raum über Container ein gutes und seit vielen Jahren bewährtes Instrument. Die andere Seite ist aber auch: die Textilmengen sprengen inzwischen jedes vernünftige Maß. Es wird nicht nur in immer kürzeren Abständen neue Mode auf den Markt geworfen, sondern auch immer billiger und minderwertig produziert. Dies mündet inzwischen in einem Umweltproblem ungeheuren Ausmaßes: vom Wasserverbrauch, der Ausbeutung

der Arbeitskräfte in Billiglohnländern, in der Verschwendung von Ressourcen, dem steigenden CO2-Ausstoß beim Transport und schließlich in überfluteten Müllcontainern in unseren Städten bzw. brennenden Kleiderbergen in Ländern, in die wir diesen Kleidermüll abschieben.

Wir Grüne wollen beide Seiten betrachten und dem Problem umfassend gerecht werden. Eine Lösung kann nicht darin liegen, sämtliche Textilien und Kleidung der Verbrennung zuzuführen. Das ist weder umweltgerecht noch entspricht es dem Prinzip der Nachhaltigkeit. Wenn die Bürgerinnen und Bürger keine ausreichende Kenntnis darüber haben, wie und welche Altkleider entsorgt werden, so hilft aus unserer Sicht Aufklärung und leichter Zugang zu Information. Wenn dennoch mutwillig Müll im öffentlichen Raum entsorgt wird, so gilt dasselbe wie auch für das Wegwerfen von Kippen oder die Entsorgung von Altreifen im Wald: Das muss geahndet werden, und die Bußgelder dafür müssen deutlich spürbar sein. Wo all diese Schritte nicht helfen, wird letztlich die Allgemeinheit für die Kosten der Entsorgung aufkommen müssen: Die Müllgebühren werden steigen. Dies trifft dann auch die, die sich korrekt verhalten, ist aber die sachlogische Konsequenz für das unsoziale Verhalten einzelner. Auch das soll mit unserem Antrag zum Ausdruck kommen. Um schließlich das grundlegende Problem eines entfesselten Konsums von Kleidung - Fast-Fashion - anzugehen, halten wir die Initiative von Greenpeace für ein Anti-Fast-Fashion Gesetz für einen guten Ansatz, dem sich die Landeshauptstadt anschließen sollte.

Beschluss Nr. 0106

1. Der Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion wird bis auf den Punkt 2 a (dieser wurde abgelehnt) beschlossen.
2. Der Beschlussvorschlag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird antragsgemäß beschlossen.

+

+

Verteiler:

Dez V z.w.V.

1005 z.d.A.

Volland
Ortsvorsteher